

EDITORIAL

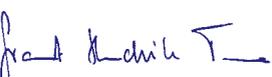


**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

nicht nur in Niedersachsen, sondern auch europaweit radikalisiert sich extremistische und rechtsradikale Kräfte zunehmend und sitzen bereits heute in den Parlamenten.

Zum Schutz unserer Demokratie bedarf es starker Maßnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Monaten gezeigt: Sie wollen Demokratie und Zusammenhalt, gehen dafür auf die Straßen und sind solidarisch. Das ist ein starkes und wichtiges Zeichen für unsere wehrhafte Demokratie. Diese Solidarität müssen wir europaweit übertragen und im Rahmen politischer Auseinandersetzungen deutlich machen: Bei den Europawahlen Anfang Juni kann jede und jeder ein deutliches Zeichen für Toleranz und Vielfalt setzen. Diese zentralen Werte eines bunten und vielfältigen Europas sind unmittelbar mit der Sicherung unseres Wohlstandes verknüpft. Genau hierfür steht die SPD seit vielen Jahrzehnten ein. Lassen Sie uns gemeinsam für die Demokratie streiten.

Ihr Fraktionsvorsitzender


Grant Hendrik Tonne

BRANDSCHUTZGESETZ ERNEUERT

Kreisfeuerwehren und Ehrenamt gestärkt

Von Eileen Kirchner

Das Kabinett der Niedersächsischen Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Erneuerung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes und weiterer Gesetze beschlossen, der auf den Ergebnissen der Strukturkommission »Niedersachsen stellt sich den Herausforderungen der Zukunft des Brandschutzes« in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren basiert. Damit werden Niedersachsens Feuerwehren weiter zukunftsfest aufgestellt.

Ein zentraler Aspekt der Novellierung ist die Förderung von landesweiten Konzepten und Projekten für den überörtlichen Brandschutz, um der stetigen Zunahme spezieller Einsatzlagen gerecht zu werden. Hierfür stellt das Land Haushaltsmittel in Höhe von rund 8,8 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Weitere Mittel stehen für die Beschaffung von Fahrzeugen bereit – die zentrale Beschaffung einer größeren Anzahl von Fahrzeugen ermöglicht wesentlich günstigere Einkaufskonditionen.

Wesentliche Punkte des Gesetzentwurfs sind zudem die Digitalisierung des Lehrgangangebots, um digitale Lehrinhalte auszuweiten und die Verwaltung stärker zu vernetzen, sowie der Freistellungsanspruch für Betreuerinnen und Betreuer von Kinder- und



Jugendfeuerwehren, wenn sie Zeltlager oder andere Freizeitmaßnahmen begleiten. »So wird nicht nur das Ehrenamt aufgewertet, sondern auch die Nachwuchsgewinnung sichergestellt, da die Kinder und Jugendlichen hier an die Aufgaben des Brandschutzes herangeführt werden«, erklärt Rüdiger Kaurroff, Sprecher für Feuerwehren der SPD-Landtagsfraktion. »Dieser Punkt ist mir ein besonderes Anliegen, denn ich habe selbst viele Jahre Freizeitmaßnahmen bei der Jugendfeuerwehr als Betreuer

begleitet und dafür Urlaub nehmen müssen.«

Um die niedersächsischen Feuerwehren auch weiter nach innen zu stärken, werden bis Mitte dieses Jahres die neuen Ausgehuniformen eingeführt – ein Novum nach mehr als 50 Jahren. Funktion, Tragekomfort und Aussehen wurden angepasst und erstmal gibt es auch einen weiblichen Schnitt. Mit den neuen Uniformen können sich die Feuerwehrfrauen und -männer nun einheitlich in der Öffentlichkeit präsentieren. ■

RECHTSEXTREMISMUS IST DIE GRÖSSTE BEDROHUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger sind in den letzten Wochen auf die Straße gegangen, um für Demokratie und Zusammenhalt und gegen Rassismus, Hass und Menschenfeindlichkeit zu protestieren. Dieses Signal bedarf klarer Unterstützung aus der Politik, denn die größte Bedrohung für unsere Demokratie geht eindeutig vom Rechtsextremismus aus. Diese Gefahr reicht bis in die Parlamente.

Unsere Sicherheitsbehörden müssen der Bedrohungslage angemessen und robust aufgestellt sein. Wichtig ist auch die

Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger. Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements, die Stärkung von Gedenkstätten und politischer Bildung sowie die Erarbeitung eines Landesdemokratiefördergesetzes sind hier essenziell.

»Die klare Einordnung rechtsextremistischer Straftaten ist unerlässlich. Die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität zeigt eine erhebliche ‚sonstige Zuordnung‘, die einer Überprüfung und Abstimmung auf Bundesebene bedarf, insbesondere im Hinblick auf die Klassifizierung

von Taten aus der Szene der Reichsbürger/Selbstverwalter«, betont Tim Wook, Mitglied im Arbeitskreis für Inneres und Sport.

Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Verhinderung von rechtsextremer Propaganda und des Einstiegs in die Szene, insbesondere bei Heranwachsenden. Die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen FoDEX spielt dabei eine zentrale Rolle und soll durch Haushaltsmittel des Landes weiterhin gefördert werden. ■

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS: VORWÜRFE DER CDU-FRAKTION SIND AUS DER LUFT GEGRIFFEN



Foto: SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die CDU-Fraktion hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragt. Dabei geht es um eine höhere Bezahlung der Büroleiterin von Ministerpräsident Stephan Weil.

Wiard Siebels, Parlamentarischer Geschäftsführer und Obmann der SPD-Fraktion, sieht die Vorwürfe der CDU-Fraktion als haltlos und aus der Luft gegriffen. Die geänderte Verwaltungs-

praxis sei rechtlich einwandfrei und auch in anderen CDU-regierten Ländern längst gängige Praxis. Zudem gelte sie nicht nur für diesen einen Fall, sondern für alle weiteren Fälle.

»Seit Wochen steht die Landesregierung der CDU-Fraktion Rede und Antwort, die eingeforderten Akten liegen ebenfalls seit Wochen vor. Es gibt deshalb nichts aufzuklären oder zu untersuchen – das weiß offenbar auch die Union, möchte aber von eigener Inhaltsleere ablenken«, so Siebels.

Im März-Plenum hatte die SPD-Fraktion beantragt, den geforderten Untersuchungsausschuss noch am selben Tag einzusetzen, damit die geforderte Aufklärung sofort beginnen kann. Diesem Vorgehen hat die CDU-Fraktion widersprochen, so dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss erst nach der nächsten Plenarsitzung im April seine Arbeit aufnehmen kann. ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Eva Güntzel, Eileen Kirchner
Redaktionsschluss: 11. April 2024
Redaktion: Eileen Kirchner, eileen.kirchner@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke